

NIEDERSCHRIFT HFA/0042/2020

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 10.03.2020 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Matthias Ahlers
Herr Marco Lennertz
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Franz-Josef Schulze Thier
Frau Margarete Köhler
Herr Thomas Tauber
Herr Dieter Brall

Vertretung für Herrn
Carsten Rampe

Frau Maggie Rawe
Herr Dr. Rolf Sommer

Vertretung für Herrn
Ulrich Schlieker

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW:

Herr Hubert Töllers

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing
Frau Marion Lammers
Herr Martin Struffert
Frau Michaela Besecke
Herr Jürgen Erfmann
Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Gast:

Herr Frank Wieland

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:35 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. **Öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Bildung der kommunalen Arbeitsgemeinschaft "Baumberge Touristik"**

Frau Mollenhauer vermisst in dem Vertrag Angaben über den Sitz der Gesellschaft und Namen der Ansprechpartner. Außerdem sollte in regelmäßigen Abständen über die Arbeit berichtet werden.

Herr Messing erläutert, dass eine wechselnde Geschäftsführung vorgesehen ist. Zurzeit liege diese bei der Stadt Billerbeck. Die Übergabe der Geschäftsführung werde jeweils publiziert.

Herr Tauber stellt fest, dass mit dem Vertrag die interkommunale Zusammenarbeit zur Stärkung und Förderung des Tourismus auf feste Füße gestellt werde. Letztlich werde damit nur die Realität vollzogen.

Frau Dirks sagt zu, dass wie auch schon von Frau Rawe angesprochen, Frau Kessens regelmäßig berichten werde.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Der Rat beschließt den Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrages über die Bildung der kommunalen Arbeitsgemeinschaft (KAG) „Baumberge Touristik“ entsprechend der beigefügten Anlage 1, vorbehaltlich der Zustimmung der Kommunen Coesfeld Havixbeck, Nottuln und Rosendahl.

Stimmabgabe: einstimmig

2. **Anregung gemäß § 24 GO NW der FDP Billerbeck
hier: Überarbeitung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Billerbeck**

Frau Dirks verweist auf die vorliegende Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes.

Auf Antrag von Herrn Dr. Meyring wird Herrn Wieland einvernehmlich Rederecht eingeräumt.

Herr Wieland begründet seine Anregung. Er beziehe sich auf die zurückliegende Entscheidung zum Berkelquellteich. Es könne nicht sein, dass in einem Ausschuss über ein Vergabeverfahren entschieden werde, das nach der Ausschreibung nicht wieder zurückgezogen werden könne.

Herr Lennertz weist darauf hin, dass man zwischen Ausschreibung und Vergabe nicht differenzieren könne und schlägt vor, die Formulierung in der Zuständigkeitsordnung zu ergänzen und auf die Ausschüsse nicht nur die Entscheidung über die Vergabe, sondern auch über die **Ausschreibung** bis zu einem bestimmten Betrag zu übertragen.

Frau Besecke wirft ein, dass man dann aufpassen müsse, dass bei entsprechenden Beschlüssen auch gleichzeitig die Ausschreibung beschlossen werde, ansonsten müsste noch ein weiterer Sitzungsturnus abgewartet werden.

Herr Tauber erklärt, dass er weitere Informationen benötige. Die Bürgeranregung sollte heute weder beschlossen noch abgelehnt werden. Die Verwaltung sollte recherchieren, wie die Nachbarkommunen mit dem Thema umgehen. Auch wisse er heute nicht, was aus der vorgeschlagenen Erweiterung der Formulierung resultiere. Unter Einbeziehung dieser Informationen sollte erneut in der nächsten HFA-Sitzung beraten werden.

Frau Rawe resümiert, dass nicht immer alle Parteien in den Ausschüssen vertreten seien und diese deshalb erst im Rat mitentscheiden könnten. Wenn ein Ausschuss eine Maßnahme beschließe, könne diese vom Rat mit anderen Mehrheiten nicht mehr zurückgezogen werden, weil nach erfolgter Ausschreibung Regressansprüche auf die Stadt zukommen würden. Allerdings könne sie sich in ihrer Zeit als Ratsmitglied nur an einen einzigen Fall in Bezug auf den Berkelquellteich erinnern. Bisher sei man mit der Zuständigkeitsordnung gut gefahren. Falls dennoch eine Änderung vorgenommen werde, benötige sie weitere Informationen. Für sie stelle sich aber auch die Frage, ob sich mit der Zuständigkeitsordnung nicht in alter Gepflogenheit der neue Rat beschäftigen sollte.

Herr Dr. Meyring plädiert für eine Beratung in der nächsten HFA-Sitzung mit den zusätzlichen Informationen seitens der Verwaltung.

Frau Dirks gibt zu bedenken, dass bis zur nächsten HFA-Sitzung noch nicht alle Informationen vorliegen könnten.

Der HFA fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Auswirkungen der vorgeschlagenen Formulierung „Entscheidung über die Ausschreibung und Vergabe von“ Rechtlich zu bewerten sowie zu recherchieren, wie Nachbarkommunen mit dem Thema umgehen und die Ergebnisse in einer der nächsten HFA-Sitzungen vorzustellen.

Stimmabgabe: einstimmig

**3. SPD Fraktionsantrag vom 27. Januar 2020
hier: Resolution des Rates der Stadt Billerbeck zur Geflüchtetenfinanzierung**

Herr Lennertz verweist auf eine E-Mail der integrationspolitischen Sprecherin der Landesregierung, die er an die Fraktionsvorsitzenden und Herrn Wieland und Herrn Töllers weitergeleitet habe.

Aufgrund der Ausführungen in dieser E-Mail halte er die Resolution für überflüssig.

Frau Dirks verweist auf einige vage Formulierungen in der E-Mail und schlägt vor, die Resolution auf den Weg zu bringen.

Herr Tauber sieht das auch so. Er habe bewusst die Resolution politisch

neutral verfasst, so dass sie von allen mitgetragen werden könnte. Auch um den nötigen Rückhalt zu bekommen und Druck aufzubauen, sollte die Resolution heute beschlossen werden.

Frau Rawe spricht sich für die Resolution aus. Es sei wichtig, sich nach außen zu positionieren.

Der HFA fasst schließlich folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Der SPD-Fraktionsantrag vom 27.01.2020; hier: Resolution des Rates der Stadt Billerbeck zur Geflüchtetenfinanzierung wird beschlossen.

| <u>Stimmabgabe:</u> | Ja | Nein | Enthaltung |
|-----------------------------|-----------|-------------|-------------------|
| CDU Fraktion | | 5 | |
| SPD Fraktion | 3 | | |
| Bündnis90/Die Grünen | 2 | | |
| Sonstige Bürgermeisterin | 1 | | |

4. Mitteilungen

4.1. Umsatzsteuerpflicht - Frau Lammers

Frau Lammers teilt mit, dass die Umstellungsfrist für die Anwendung auf das „neue“ Umsatzsteuerrecht der öffentlichen Hand vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2022 verlängert werden soll. Jetzt muss das Umsatzsteuergesetz noch abgeändert werden. Diese Fristverlängerung sei sehr hilfreich, weil der § 2b UStG noch viele Fragen aufwerfe.

4.2. E-Rechnungsverordnung - Frau Lammers

Frau Lammers teilt mit, dass aufgrund einer europäischen Richtlinie sämtliche Verwaltungen und auch verwaltungsähnliche Einrichtungen bis spätestens 1. April 2020 in der Lage sein müssen, elektronische Rechnungen anzunehmen. Hierzu sei das komplette Buchhaltungssystem der Stadt umgestellt worden. Seit dem 1. März 2020 erfolge die Bearbeitung von Rechnungen im digitalen Arbeitsablauf im Echtbetrieb.

5. Anfragen

5.1. Beleuchtung im Bereich der Treppenanlage zwischen Rathaus- und Edeka-Parkplatz - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring fragt an, ob im Bereich der Treppenanlage noch eine Laterne aufgestellt werde. Wenn die Werbeanlage von Rossmann ausgeschaltet sei, sei es dort sehr dunkel.

Frau Dirks sagt Überprüfung zu.

5.2. Unberechtigtes Parken in der Innenstadt - Frau Köhler

Frau Köhler erkundigt sich nach der Überwachung des ruhenden Verkehrs und weist darauf hin, dass der Gehweg vor dem Welt-Laden und Spielgeräte Ahlers häufig komplett zugeparkt sei und vor den Domtreppen oft ein SUV parke, so dass es für Fußgänger und Rollstuhlfahrer kein Durchkommen gebe.

Frau Dirks teilt mit, dass regelmäßig Kontrollen stattfänden und auch Strafzettel ausgestellt würden. Das Stundenkontingent der Mitarbeiterin sei bereits aufgestockt worden.

5.3. Wochenmarktbeschicker - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer bringt vor, dass für den Wochenmarkt in Billerbeck dringend ein Gemüsehändler gefunden werden müsse. Sie fragt nach, ob die Verwaltung diesbezüglich am Ball sei.

Verwaltungsseitig wird mitgeteilt, dass sich sowohl der Marktmeister als auch Mitarbeiter/innen des Citymanagements um neue Marktbeschicker kümmern. Auch gingen durchaus Standplatzanfragen ein, allerdings in Segmenten, in denen der Wochenmarkt bereits gut bestückt sei und man wolle keine Konkurrenzsituation schaffen.

5.4. Corona-Krisenmanagement - Frau Rawe

Auf Nachfrage von Frau Rawe skizziert Frau Dirks, wie ein Corona-Krisenmanagement bezogen auf die Stadt Billerbeck aussehen würde. Zur Vorbereitung seien bereits alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung über Verhaltensregeln zum Coronavirus informiert worden. Auch die Adressen und Telefonnummern aller Beschäftigten seien aufgenommen worden, um diese im Notfall informieren zu können. Für die Beschäftigten seien Möglichkeiten zum home-office vorbereitet worden. Nach einem heutigen Erlass der Landesregierung würden Veranstaltungen mit über 1000 Personen abgesagt. Einige Veranstaltungen mit weniger Personen, wie z. B. der Unternehmer-Dialog oder „Gemeinsam gesund“ seien bereits abgesagt worden. Die für die nächste Woche geplante Kulturveranstaltung „Irish Folk“ werde voraussichtlich ebenfalls nicht

stattfinden.

Sie gehe davon aus, dass es in Absprache mit dem Kreis und den kreisangehörigen Kommunen eine Empfehlung geben werde, wie mit Veranstaltungen umzugehen ist. Ziel sei, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen.

Herr Tauber bringt seine Enttäuschung über die Informationspolitik der Bürgermeisterin zum Ausdruck. Erst auf Nachfrage von Frau Rawe habe Frau Dirks informiert. Er habe bereits in der letzten Ratssitzung ausdrücklich darum gebeten, die Mandatsträger mit in die Informationskette aufzunehmen.

Frau Dirks entgegnet, dass sie in nichtöffentlicher Sitzung etwas zu dem Thema gesagt hätte. Im Übrigen gebe es bisher hier keinen Fall und sobald es etwas gegeben hätte, worüber sie hätte informieren müssen, hätte sie das auch getan. Der Umgang mit Veranstaltungen habe sich erst durch den heutigen Erlass ergeben.

Herr Messing ergänzt, dass es zurzeit nicht Aufgabe der Verwaltung sei, Informationen weiterzugeben. Dafür sei der Krisenstab des Kreises zuständig.

Ihm gehe es darum, Informationen zu bekommen, so Herr Tauber. Die Zuständigkeiten seien ihm bekannt. Die Stadt sei Träger der Freiwilligen Feuerwehr und des DRK und wenn Veranstaltungen abgesagt werden, hätte er sich Informationen hierüber gewünscht.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin